



Seminarankündigung SoSe 2027

Im Sommersemester 2027 biete ich ein Seminar an zum Thema

„Selbstbestimmung und Solidarität“

I. Thema

Selbstbestimmung und Solidarität gehören zu den Leitideen des freiheitlichen Sozialstaats und stehen zugleich in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander. Wo endet die Freiheit des Einzelnen, über sich selbst zu verfügen, und wo beginnt die Verantwortung der Gemeinschaft für ihn? Darf der Staat Menschen vor sich selbst schützen, ihr Verhalten lenken oder ihnen im Namen der Solidarität Lasten auferlegen? Und was schulden umgekehrt die Einzelnen der Gemeinschaft?

Das Seminar geht diesen Fragen zunächst grundlagenorientiert nach und vertieft sie sodann in zwei Feldern, in denen sie sich besonders zuspitzen: der Selbstbestimmung am Anfang und am Ende des Lebens, insbesondere der reproduktiven Freiheit und Gleichheit, sowie aktuellen gesundheitspolitischen Vorhaben und Reformen, die am Maßstab des Grundgesetzes zu messen sind.

II. Zielgruppe

Das Seminar richtet sich

- im Bereich der Rechtswissenschaften (Staatsexamen) an **Studierende des Schwerpunktbereichs 7 (Gesundheits- und Medizinrecht)** sowie an
- Studierende des **B.A.-Studiengangs „Öffentliches Recht“**.

III. Seminararbeitsthemen

Alle Themen stehen Studierenden beider Studiengänge offen. Die Themen in Teil A setzen keine gesundheitsrechtlichen Vorkenntnisse voraus; die Themen in den Teilen B und C eignen sich besonders für Studierende des Schwerpunktbereichs.

A. Grundlagen: Selbstbestimmung und Solidarität in Theorie, Geschichte und Vergleich

1. Von der Helmpflicht zur Suizidhilfe – Paternalismus in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts
2. Lenken statt verbieten? – Nutri-Score, Zuckersteuer und Warnhinweise am Maßstab der Grundrechte
3. „Solidarität“ in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – Bestandsaufnahme und Kritik eines unbestimmten Begriffs
4. Versicherungspflicht als Freiheitsproblem? – Der Affordable Care Act vor dem U.S. Supreme Court (NFIB v. Sebelius, 2012) und die Pflichtversicherung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts



5. Vom Pflichtenkatalog der Weimarer Reichsverfassung zum Schweigen des Grundgesetzes – Grundpflichten in den Beratungen des Parlamentarischen Rates
6. Vom Reichsimpfgesetz 1874 zum Masernschutzgesetz – Impfpflichten zwischen Selbstbestimmung und Gemeinschaftsschutz

B. Selbstbestimmung am Anfang und am Ende des Lebens

7. Reproductive Justice – Ertrag des US-amerikanischen Konzepts für den Sicherstellungsauftrag der Länder nach § 13 Abs. 2 SchKG
8. Samenspende ja, Eizellspende nein? – Das Verbot des Embryonenschutzgesetzes am Maßstab von Art. 3 Abs. 2 und 3 GG
9. Kinderwunsch auf Kassenkosten nur für Verheiratete? – § 27a SGB V und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 2007 im Lichte gewandelter Familienbilder
10. Suizidprävention vor Suizidhilfe? – Der Entwurf eines Suizidpräventionsgesetzes (2026) im Lichte des vom Bundesverfassungsgericht geforderten Schutzkonzepts

C. Gesundheitspolitik der Gegenwart am Maßstab der Verfassung

11. Organspende durch Schweigen? – Der Gruppenentwurf zur Widerspruchsregelung (BT-Drs. 21/7570) am Maßstab des Grundgesetzes
12. Tattoo, Piercing, Schönheitsoperation – § 52 Abs. 2 SGB V und die Grenzen der Eigenverantwortung in der Solidargemeinschaft
13. Evidenz als Grenze der Solidarität? – Der Ausschluss homöopathischer Leistungen und medizinischer Cannabisblüten durch das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz
14. Ende der Ehegatten-Mitversicherung? – Der Beitragszuschlag für familienversicherte Ehegatten nach dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz am Maßstab von Art. 3 Abs. 1 und Art. 6 Abs. 1 GG

Soweit sich Themen auf laufende Gesetzgebungsverfahren beziehen, ist der Stand des jeweiligen Verfahrens zum Zeitpunkt der Bearbeitung zugrunde zu legen.

IV. Ablauf

Das Seminar wird als Blockveranstaltung in der ersten oder zweiten Vorlesungswoche des Sommersemesters 2027 durchgeführt; der genaue Termin wird in der Vorbesprechung bekannt gegeben. Die Seminararbeiten werden in der vorlesungsfreien Zeit angefertigt. Umfang und Bearbeitungszeit richten sich nach dem jeweiligen Studiengang. Einzelheiten zu den Anforderungen an Seminararbeit, Vortrag und Thesenpapier enthält der Leitfaden zur Anfertigung einer rechtswissenschaftlichen Seminararbeit, der auf Moodle zur Verfügung gestellt wird.

Nach Beginn der Bearbeitungszeit wird allen Teilnehmenden ein kurzes, nicht bewertetes Einzelgespräch via Zoom über Gliederung und Literaturauswahl angeboten. In der Diskussion im Anschluss an den Vortrag kann auch nach einzelnen Fundstellen und Argumentationsschritten der Arbeit gefragt werden. Werden generative KI-Werkzeuge genutzt, ist dies in der Arbeit offenzulegen; Einzelheiten regelt der Leitfaden.



V. Anmeldung und Vorbesprechung

Die **Anmeldefrist** endet am **07.12.2026**. Die Anmeldung erfolgt per E-Mail an ls-wolff@uni-greifswald.de. Folgende Angaben soll die Anmeldung beinhalten: Name, Vorname, Matrikelnummer, Studiengang, Telefonnummer sowie – bei Studierenden des Schwerpunktbereichs – eine Kopie des Zwischenprüfungszeugnisses. Ferner sind drei Themenwünsche (Nummer genügt) in einer Rangfolge anzugeben.

Die **Vorbesprechung** zum Seminar findet am Freitag, den **11.12.26 um 12:00 Uhr** s.t. via Zoom statt. Im Rahmen der Vorbesprechung werden die Themen erläutert und vergeben.